

Ohne Kampf

kein Fortschritt!



Kalliauer fordert Millionärssteuer zur Entlastung der Beschäftigten

Die EU-Kommission unterstützt, worauf AK, ÖGB und Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (FSG) seit Jahren drängen. „Die österreichische Regierung soll durch die Einführung einer Millionärssteuer die Beschäftigten spürbar entlasten!“, sagt AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat Dr. Johann Kalliauer.

Ein kürzlich veröffentlichter Bericht der EU-Kommission regt eine klare Umgestaltung des österreichischen Steuersystems an: Die enorme Steuerlast der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist demnach durch eine echte Steuerstrukturreform mit höheren Beiträgen von Vermögen deutlich zu senken.

Schwarz-Blau: Geschenke für Reiche

Die bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung zur Steuerreform sind kontraproduktiv: Es drohen unnötige Gewinnsteuergeschenke und weitere Erleichterungen für die Unternehmen. Genau davor aber warnt die EU-Kommission. Denn niedrigere Steuern auf Arbeit fördern das Wirtschaftswachstum.

Millionärssteuer bringt Milliarden

Der EU-Bericht verdeutlicht auch das große Aufkommenspotential einer Millionärssteuer: bis zu

6,3 Milliarden Euro pro Jahr! „Damit lässt sich für alle arbeitenden Menschen eine Entlastung finanzieren, die diesen Namen auch verdient“, so Kalliauer. Trotzdem würde eine derartige Vermögenssteuer nur die reichsten vier bis fünf Prozent der Bevölkerung betreffen. „Dass ausgerechnet die sonst immer so um Wirtschaftswachstum bemühte schwarz-blaue Koalition gegen ein wachstumsförderndes Steuermodell ist, zeigt, dass es ihr keineswegs um Arbeitsplätze und Wohlstand für alle, sondern um möglichst hohe Profite für wenige geht“, stellt der AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat fest. ■

**„Eine weitere
Verschärfung der
Steuerschiefelage auf
Kosten der Beschäftigten
muss unbedingt
verhindert werden!“**

Dr. Johann Kalliauer
AK-Präsident

